

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Kobleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kobleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kobleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Freitagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparlasse Nebra — Bankverein Arttern.

№ 64

Sonnabend, den 30. Mai 1931.

44. Jahrgang

Die letzte Woche.

Der Reichsaußenminister hat am Mittwoch dem Reichsstatistikamt über die Verhandlungen Bericht erstattet, und der Kabinett hat seinen Ausführungen zugestimmt und durch den Reichsanwalt den Leiter der deutschen Delegation den Dank der Reichsregierung ausgesprochen. Damit ist der Abschluss der deutschen Außenpolitik abgeschlossen, es bleibt freilich keine Ruhepause, denn schon in wenigen Tagen steht die Reise nach England bevor, die ebenfalls von großer Bedeutung für die Gestaltung der deutschen Gesamtverhältnisse sein kann. Im Hinblick auf diese Aussprache mit den führenden englischen Staatsmännern war es erwünscht und nötig, daß die Position des Reichsaußenministers gegenüber den Engländern geklärt wurde, die aus verschiedenen Ängsten erregt worden sind und die sich in dem Vorwurf äußern, daß in Genf nicht erreicht worden sei, was hätte erreicht werden können. In allen den großen Fragen, die in Genf zur Debatte standen, ist genau das erreicht worden, was nach Lage der Dinge für Deutschland zu erhoffen war, freilich auch nicht mehr, und man muß sich auch darüber klar sein, daß die Genfer Tagungen keine Lösung für sich bringen, sondern nur einen Einschnitt in einer Entwicklung bedeuten, die teilweise im Herbst, teilweise im nächsten Frühjahr erst in ihre entscheidenden Stadien kommen wird. In der Frage der Zollunion galt es die im März eingegangene Stellung Deutschlands und Österreichs zu behaupten, und der Erfolg gelang. In der Frage der Abrüstung ist festgestellt, daß der deutsche Standpunkt gegenüber dem Konventionenentwurf der Vorbereitungskommission gültig bleibt, hinsichtlich der Generalakte ist die Gleichberechtigung des deutschen Gedankens nochmals betont und nicht bestritten worden, und in den Diskussionen, den Angelegenheiten von Danzig, Memel und Oberschlesien hat die deutsche Delegation die Zustimmung der entscheidenden Mehrheit, namentlich die politische Haltung in der oberirdischen Frage angeht, zum Teil in sehr harten Auseinandersetzungen für sich zu gewinnen gewußt.

In den Beratungen des Europa-Komitees hat sich mehr und mehr gezeigt, wie das Verständnis für die deutsche Sache wächst, daß um des praktischen Voranommens willen der regionale Aufbau wirtschaftlicher Zusammenschlüsse nötig ist, während die großzügigen französischen Pläne, die mehr in ihren Einzelheiten bekannt wurden, um so mehr Kritik herausforderten und voraussehen lassen, daß sie der praktischen Prüfung nicht standhalten. So wird auch auf dem Gebiet der europäischen Wirtschaftspolitik die Entwicklung des Sommers dahin laufen, daß bis zum Herbst das Verständnis und Anerkennung für den deutsch-österreichischen Plan sich entscheidend vertieft kann. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen steht die Reise nach Chequers durchaus im Zeichen einer günstigen Konstellation. Man darf aber von vornherein nicht vergessen, daß sie auf allen wichtigen Gebieten lediglich einer allgemeinen orientierenden und vorbereitenden Aussprache dienen soll und keine Abmachungen bestimmter Art zum Ziel hat.

Was sich schon in Genf vermuten ließ, hat sich in der entscheidenden Sitzung des französischen Kabinetts erfüllt: Briand hat dem Vorschlag des Staatspräsidenten, des gesamten Kabinetts und einer bedeutenden politischen Freunde nachgegeben und seine Demission zurückgezogen, mit dem mehr formalen Vorbehalt, daß er seine endgültige Entscheidung von der Haltung der Kammer abhängig machen wolle. Die dem Entschluß war eine ausdrückliche Billigung der Delegationsführung in Genf durch Briand vorausgegangen, der im Parlament zweifellos auf eine ähnliche Vertretungsbildung rechnen darf, denn die Niederlage, die er bei dem Kampf um die Präsidentschaft erlitten hat, war ja keineswegs der Gegenpart gegenüber dem Kurs der von ihm geleiteten französischen Außenpolitik zugunsten, und wenn in der Kammer über diesen Kurs abgehandelt werden wird, kann Briand einer mehr als sicheren, eher sehr eindringlichen Mehrheit gewiß sein. Die Entscheidung wird sehr hoch stehen, allerdings wünschen sowohl Briand wie der Ministerpräsident eine kleine Pause, bevor im Rahmen einer Interpellationsdebatte die auswärtige Politik von der Kammer behandelt wird, doch dürfte das kaum länger als bis zur Mitte des nächsten Monats dauern. Heute schon kann man aber sagen, daß Briand der französischen Politik und den großen internationalen Angelegenheiten ein Versehen in deren Apparat er eines der wichtigsten und eines der beweglichsten Glieder geworden ist, und die ihn, unbeschadet der Kritik im einzelnen schmerzlich entbehrt hätte.

Der rumänische Ministerpräsident hat es für zweckmäßig gehalten, in einer offiziellen Erklärung festzustellen, daß die rumänische Regierung in voller Freiheit ihrer Entscheidungen in die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland hineingibt. Eine solche Verlautbarung war wohl nötig, weil es in letzter Zeit nicht an Verleumdungen gefehlt hat, die öffentliche Meinung Rumäniens zu irritieren und weil das Zwischenstück anlässlich der Konferenz der kleinen Entente in Bukarest irrigen Kombinationen Nahrung gegeben hätte. Die rumänische Regierung dürfte nach dieser Aufklärung wohl in absehbarer Zeit die Mitteilung nach Berlin gelangen lassen, daß sie

den Wunsch zur Wiederaufnahme der Verhandlungen hegt, und von deutscher Seite stehen diesem Wunsch nach der lokalen Bereinigung des vor den beschäftigten Zukünftler Besprechungen eingetretenen Mißverständnisses keine Schwierigkeiten im Weg. Die Verhandlungen dürften also dann in Berlin geführt werden, und man ist wohl in einer Reihe entscheidender Vorfällen bereits so weit zu einer grundsätzlichen Verständigung gekommen und durch die wirtschaftspolitischen Besprechungen weiteren Ausmaßes in den letzten Wochen in den praktischen Dingen so weit orientiert, daß besondere Schwierigkeiten für die Fertigstellung eines Handelsabkommens kaum bestehen dürften.

Nicht bis zum Sturm warten!

Was in Chequers besprochen werden soll.

London, 29. Mai.

Nach englischen Blättern sollen gelegentlich des Auftritts der deutschen Minister in England u. a. die folgenden vier finanziellen Vorschläge unterbreitet werden:

1. Einstellung des Transfers der ungeführten Reparationszahlungen für die Dauer von 2 bis 3 Jahren. Die entsprechenden Summen würden dann in deutschen Unternehmungen auf dem Wege über die W33, wieder investiert werden.
2. Herabsetzung der deutschen Jahresabgaben entsprechend der Kaufkraft des Goldes. Dies würde eine 20prozentige Herabsetzung der gesamten Young-Annullitäten bedeuten, wodurch diese etwa von 2 Milliarden auf 1,6 Milliarden gebracht würden.
3. Falls notwendig, Einberufung einer Sonderkongferenz des beratenden Ausschusses der W33, um die beiden Vorschläge in eine praktische Form zu bringen.
4. Einberufung einer Finanzkonferenz der führenden Mächte, um die Möglichkeit eines zwei- bis dreijährigen Moratoriums für alle Kriegsschulden- und Reparationszahlungen zu erörtern. Es sei aber möglich, daß weder die deutsche noch die englische Regierung wegen der wenig günstigen Stimmung des offiziellen Amerika ersichtlich die Einberufung einer Finanzkonferenz in Erwägung ziehen würden.

Nervosität in Paris.

In einem Leitartikel wendet sich der „Daily Herald“ gegen die neuerliche Nervosität der französischen Presse im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der deutschen Minister in London.

Brüning und Curtius haben ganz offensichtlich das Recht, die Frage zuerst mit England zu erörtern. Alles, was sie zu sagen hätten, werde föhlig angehört und ernstlich erwogen werden. Dennoch aber müßten dann alle Mächte an den Erörterungen teilnehmen, wenn, was anscheinend der Fall sei, Deutschland seine Ziele weiterverfolgen wolle.

Eines ist aber fider: es habe keinen Zweck, ärgerlich zu werden oder sich zu weigern; die Angelegenheit zu erörtern. Es sei aber eine Tatsache, daß Deutschland das Recht habe, den Transfer für einen großen Teil der Reparationen zu kündigen, falls es sich hierzu gezwungen sehen sollte. Die Ausübung dieses Rechtes werde eine finanzielle Krise bedeuten, die ernste Folgen in Deutschland, in den Gläubigerländern und in der ganzen Welt haben würde. Es sei offenbar viel besser, die Tatsachen schon vorher ins Auge zu fassen, als zu warten, bis der gefährliche Sturm ganz föhlig ausbreche.

Die neuen Notverordnungen.

Um den Sanierungsplan der Reichsregierung

Berlin, 29. Mai.

Die Chefbesprechungen über den neuen Sanierungsplan der Reichsregierung haben ihren Fortgang genommen. Ein greifbares Ergebnis ist bis jetzt noch nicht erzielt worden, so daß auch ein Termin für den Beginn der Kabinettsberatungen hierüber noch nicht festgelegt werden konnte.

Es ist deshalb zweifelhaft geworden, ob der Plan des Kanzlers, wonach das Sanierungsprogramm auf jeden Fall vor seiner Abreise nach Chequers vom Reichskabinett verabshiedet werden soll, technisch innegehalten werden kann.

Die bisherigen Besprechungen zwischen dem Finanzminister und dem Arbeitsminister haben sich in den letzten Besprechungen in der Richtung einer sogenannten Beschäftigungssteuer verzweigt, die als Aufschlag zur Lohn- oder Einkommensteuer von allen Angestellten und Beamten erhoben werden soll — nach einer anderen Version von allen, die heute noch über ein selbständiges Einkommen verfügen — um aus ihrem Aufkommen die Mehrkosten der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Erwerbslosenfürsorge zu decken. Beschlässe sind aber auch hierüber nicht gefaßt worden, so daß also bisher weder der Verrentenkreis, der von der neuen Steuer erfaßt werden soll, noch die Prozentlage feststeht. Andere Pläne laufen auf eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 vom Hundert hinaus, bei gleichzeitiger schärferer Auscheidung der Zahlungswerte. Endlich sind weitere Abträge am Etat vorgesehen, deren Höhe jedoch hinter den ursprünglichen Plänen, die bis auf 300 bis 500 Millionen Markt gingen, zurückbleiben dürfte.

SPD. und Kanzler.

Die Besprechung in der Reichsanzlei.

Berlin, 28. Mai.

In der Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war nicht nur Gegenstand der Aussprache die Stellung der Reichsregierung zu den Preissteigerungen, sondern vor allem auch der beabsichtigte Erfolg einer neuen Notverordnung zur Sanierung der öffentlichen Finanzen. Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde darauf hingewiesen, daß das Frühjahr weder eine psychologische noch eine wirtschaftliche Entlastung gebracht habe. Die Arbeitslosigkeit sei nur unumseitig gesunken. Die Aussichten auf wirtschaftliche Belebung seien gering, so daß die lange Arbeitslosigkeit und der trübe Ausblick in die Zukunft schwer auf allen Schichten der Bevölkerung lasteten.

Dieser Zustand sei um so ernster zu nehmen, weil sich herausgestellt habe, daß die von der Reichsregierung im Dezemberprogramm in Aussicht gestellte Ankurbelung der Wirtschaft durch Senkung der Produktionskosten gescheitert sei.

Die Löhne seien zwar erheblich gestürzt worden, eine entsprechende Preislenkung, eine rücksichtslose Bekämpfung der Kartelle und die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit aber seien ausgeblieben. Die nun durch die neue Notverordnung drohenden Gefahren würden infolge dessen bei der Masse der Bevölkerung ungleich größeren Widerstand finden, als die Dezember-Notverordnung, die zu einer Zeit erging, in der statt der jetzigen Enttäuschung Hoffnung auf Besserung bestanden habe.

Die Sozialdemokraten tenne dem ersten Zustand der öffentlichen Finanzen. Sie holte auch nach wie vor ihre Sanierung für unbedingt erforderlich. Die Sanierung dürfe aber nicht erfolgen durch einen Abbau der sozialen Leistungen, deren Umfang und Höhe in Zeiten lang andauernder Krise des vermehrten Schutzes bedürfte.

Reichskanzler Dr. Brüning gab Johann Aufschluß über die tatsächliche Finanzlage, deren Entwicklung unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise unangünstiger sei, als man im Dezember hätte annehmen können. Die Reichsregierung strebe nach einer Lösung der Finanzmängel, die verhindern, daß die Sozialleistungen wegen Mangel an Mitteln zusammenbrechen. Dieser seien irrendem die Beschlüsse des Reichsstatistikamts noch nicht gefaßt. Es hätten bisher nur Besprechungen in einem Ausschuß des Kabinetts stattgefunden, und diese Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen.

Die Einzelmaßnahmen müßten nach Meinung der Regierung so gefaßt werden, daß sie von den Massen des Volkes als erträglich angesehen werden können. Was besonders die Brotpreise angeht, so halte die Reichsregierung ihre Senkung in kürzester Frist für unbedingt erforderlich. Würden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, so müsse man zu einer Senkung der Zölle schreiten. Ebenfalls ist damit zu rechnen, daß die neue Notverordnung noch vor der Abreise des Reichskanzlers nach Chequers fertiggestellt wird, daß aber ihr Erfolg erst nach der Rückkehr von Chequers erfolgt.

Das Haager Gutachten.

Berichterstattung schon im August.

Haag, 29. Mai.

Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag beschäftigt sich bereits mit den deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen. Der Präsident des Court, Abtisch, hat mitgeteilt, daß er für das schriftliche Vorerfahren einen Termin bis zum 1. Juli dieses Jahres festgelegt habe. In der ersten Hälfte des Monats Juli sollen dann auf Grund der schriftlichen Ausarbeitungen der Haager Gutachter die mündlichen Plädoyers folgen, die öffentlich sein werden. An diesen Verhandlungen wird die öffentliche Meinung Europas und werden insbesondere die Regierungen der beteiligten und der interessierten Staaten lebhaften Anteil nehmen. Die Aussprache der Haager Gutachten wird in alle Einzelheiten der Materie eindringen, und es ist deshalb für sie ein ziemlich weites Spielraum vorgehen. Der Präsident des Internationalen Gerichtshofes glaubt antändigen zu können, daß man in der Lage sein werde, noch vor Ende August das Gutachten an den Völkerrundrat zu erstatten. Da dieses Gutachten auf Grund der mündlichen Plädoyers ausgearbeitet werden muß, wird man mit einem Abschluß der Haager Aussprache spätestens in der ersten Hälfte des August rechnen können.

Das Verlangen nach einer Sondertragung des Völkerrundrats wird unter solchen Voraussetzungen im Hinblick auf die normale Tagung im September überflüssig.

Sozialismus und nationale Verteidigung.

Entschließungen des Sozialistenkongresses.

Paris, 29. Mai.

Der französische Sozialistenkongress in Tours ist zum Abschluß gelangt. Vorher stimmte die Versammlung einer Entschließung Léon Blums einmütig zu, in der u. a. folgende bemerkenswerte Grundzüge aufgestellt werden: Der Sozialismus solle die durch den Krieg bedrohte Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen sicherstellen.

In den Augen des Sozialismus ist die nationale Verteidigung daher mit der Aufrechterhaltung des Friedens gleichbedeutend.

Keine Partei könne von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet enger mit der nationalen Verteidigung verknüpft sein als die der Sozialisten. Der Sozialismus wolle den Frieden und nehme den Krieg um keinen Preis an.

Terner wurde eine Entlassung des Abgeordneten Janure mit Zweidrittelmehrheit angenommen, die u. a. besagt, daß der Sozialismus die allgemeine, vollständige und unkontrollierbare Abrüstung bezwecke.

Sichtlich der Abrüstung müsse für alle Länder der Grundgedanke der Gleichheit gelten. Die den besiegten Staaten auferlegten besonderen Bestimmungen müssen derallgemeinert werden.

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt Gyllien eine Rede, in der er u. a. ausführt, daß der deutsche Sozialismus eine schwere Verantwortung trägt, weil der Friede in erheblicher Weise von den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich abhängt.

Briand vor der Kammer.

Scharfe Angriffe der Rechten.

In der Pariser Kammer kam es bei der Debatte über die Freigebung der Interpellationen über die Außenpolitik zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Hauptinterpellanten Franklin-Bouillon und Außenminister Briand.

Franklin-Bouillon erklärte, er könne Briand kein Vertrauen schenken. Die Kammer habe Briand einstimmig den Auftrag erteilt, den Anschluß zu bekämpfen. Briand lie aber Handlungen folgen, die durch die Anschlußfrage auch das wirtschaftliche Gebiet geschoben wurde.

Außenminister Briand

wies die Vorwürfe, die ihm Franklin-Bouillon wegen seiner Haltung in Genf gemacht hatte, zurück. Briand erklärte: Die französische Kammer habe im Anschluß der Diskussion der Interpellationen über den Anschlußvertrag in einer Tagesordnung ihren Willen beteuert, die französische Regierung möge dieses Unternehmen verhindern.

Briand beteuerte, daß er nicht an seinem Posten ließe. Aber der Staatsmann, der nach ihm kommen würde, könnte nicht etwas unternehmen, was dem zudeckeln würde, was er getan habe.

Der Vorkämpfer der Minderheiten.

85. Geburtstag des Grafen Apponyi.

Der bekannte ungarische Staatsmann Graf Albert Apponyi begeht am 29. Mai seinen 85. Geburtstag. Graf Apponyi hat lange Jahre für Ungarn die Redefreiheit im Völkerbündel und in der Völkerverammlung in Genf durchgeföhrt und steht noch heute an der Spitze des Kampfes um das Recht der Minderheiten.

Auch das Ausland nimmt an dem Festtag des Grafen Apponyi lebhaften Anteil. Der „Westliche Vorpost“ veröffentlicht neben anderen Größen ausländischer Staatsmänner wie Mussolini und Brandl, folgende Versicherung des Reichsaußenministers Dr. Curtius:

„Zu den Staatsmännern der Nachkriegszeit, deren Stimme in der Welt ein ganz besonderes Gewicht hat, gehört in erster Linie Graf Albert Apponyi. Er hat in Schrift und Wort, insbesondere auch in den Vernehmungen des Völkerbundes stets in leidenschaftlicher und wirksamer Weise für die unterdrückte Gerechtigkeit und das verlorene Recht gekämpft.“

Als Repräsentant eines Volkes, dem durch den Friedensvertrag so viel Ungerechtigkeit zugefügt worden ist, hat er es zu seiner Lebensaufgabe gemacht für die Gleichberechtigung der Völker einzutreten, weil er tief durchdrungen ist von der Ueberzeugung, daß nur die Gleichberechtigung die Grundlage eines dauernden Friedens unter den Völkern sein kann.

Grenzüberfliegungen mehrten sich.

Franklisches Militärflugzeug über deutschem Gebiet.

Triar, 29. Mai. Auf dem Cuxener Flugplatz landete ein französisches Militärflugzeug, dessen Piloten, zwei Sergeanten, zum 31. Fliegerregiment gehören.

Es sollen sich nach ihren Angaben auf einem Geheimverderg von Borsari nach Niederrhein befinden haben. Durch das diese Wege seien sie von den begleitenden Maschinen getrennt worden und hätten sich auf deutsches Gebiet begeben. Die Polizei beschlagnahmte die Maschine. Die Flieger wurden in Polizeigewahrsam gebracht. Das Flugzeug trägt keine Kennzeichen, es waren auch keine photographischen Apparate an Bord. Der Doppeldecker ist mit den französischen Hebelsozählen versehen. Der Oberpräsident in Koblenz wurde sofort benachrichtigt, dessen Vertreter die weiteren Vernehmungen durchführen werden.

Polnisches Militärflugzeug über Oberhesien.

Katowice, 29. Mai.

Ein polnisches Doppeldecker überflog deutsches Hebelgebiet über Danzow, Bistulitz und Mitaltsch in Höhe von etwa 800 Metern und entfernte sich dann in südöstlicher Richtung über die Grenze. In dem Tragflächen wurden rot-weiße Karos erkannt. Danach ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß es sich um ein Militärflugzeug handelt.

Das Kabinett Dryfkor.

Pilsudski's Diktatur bleibt.

Warschau, 29. Mai.

Der frühere polnische Handelsminister Dryfkor hat in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Kabinett zusammengestellt, das von dem Staatspräsidenten bestätigt worden ist. Die Kabinettliste zeigt eigentlich nur zwei neue Männer. Das Finanzministerium ist Jan Pilsudski, dem Bruder des Marfchalls anvertraut, der früher als Minister in Warschau tätig war, und maßgebend an der Ausarbeitung des Entwurfs der neuen polnischen Verfassung beteiligt ist. Das Handelsministerium wird von dem General Ferdinand Jazaydi geleitet, der in der Militärverwaltung an führender Stelle stand.

Diese beiden wichtigen wirtschaftlichen Ämter liegen gewissermaßen in Händen von Außenheimern, und es ist verständlich, daß eine derartige Zuteilung in polnischen Wirtschaftskreisen Ueberzeugung hervorruft. Man vermutet, daß Pilsudski durch die Wahl seines Bruders für das besonders wichtige Finanzministerium sich auf diesem Gebiet die Mitarbeit einer Persönlichkeit sichern wollte, die seinen Wünschen weniger Widerstand entgegensetzt als der ausgeschiedene Finanzminister Maluchowski, der nach Warschauer Meldungen im diplomatischen Dienst Verwendung finden soll.

Das Außenministerium bleibt in der Hand Jaleskis, das Innenministerium leitet Stadkowitz, das Kriegsministerium behält sich Marfchall Pilsudski selbst vor. Da die neue Regierung mit der Opposition des Parlaments zu besseren Beziehungen kommen wird, es dem zurückgetretenen Kabinett möglich war, und auch nötig erschien, wird abgewartet bleiben.

Deutsche Tagesschau.

Abschluß des Braunsgutachtens.

Dank der Reichsregierung.

Die von der Reichsregierung eingeleitete Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage hat ihre Arbeiten beendet. In der Schlußfassung dankte Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmann namens der Reichsregierung den Mitgliedern der Kommission für die mühselige und schwere Arbeit die sie zu leisten hatten. Das dritte Gutachten der Kommission über die Arbeitslosenhilfe ist fertiggestellt und bedarf nur noch des redaktionellen Abschlusses. Voraussichtlich wird das neue Teilgutachten der Reichsregierung im Verlauf der nächsten Woche überreicht werden.

Wullerjahr auf drei Monate aus der Fast entlassen.

Oberreichsanwalt Dr. Werner hat auf Grund eines ärztlichen Gutachtens angeordnet, daß die Strafvollstreckung gegen den Lagerverwalter Wullerjahr auf drei Monate unterbrochen wird. Nach dem Gutachten wäre durch eine weitere Strafvollstreckung eine erhebliche Schädigung des Gesundheitszustandes Wullerjahrs zu befürchten. Die Vollstreckung steht in keinem Zusammenhang mit dem Betreiben des Wollereiabnahmeverfahrens im Falle Wullerjahr und läßt auch keinen Schluß zu auf den Stand dieser Angelegenheit.

Auslands-Rundschau.

Doanier bildet sein Zielt- und Militärkabinett.

Der neue französische Staatspräsident Doanier ist bereits damit beschäftigt, sein zünftiges Zielt- und Militärkabinett zusammenzustellen. An die Spitze des Zieltkabinetts hat Georges Dumon treten, während der Stab aus früheren Mitarbeitern Doaniers zusammengestellt wird. Der bisherige Chef des Militärkabinetts des Präsidenten, General Gallon, tritt in den Ruhestand und soll durch den Kommandeur der Pioniertruppen in Algerien, General Brocannon, ersetzt werden. Die Marine wird durch den Kapitän zur See Le Vigot an Stelle des Admirals Bebel vertreten.

Agarikonferenz der Balkanstaaten in Sofia.

Im Rahmen der Balkankonferenzen zur Vorbereitung der sogenannten Balkan-Föderation begann in Sofia eine dreitägige Konferenz, die der Behandlung der Agrarfragen dient. Der Ehrenvorsitzende, Außenminister Boroff, eröffnete die Konferenz in einer Festrede, in der er die Bedeutung der Agrarfragen für die Balkanländer hervorhob. Die Teilnehmer sind die bulgarischen Vertreter, die griechischen, serbischen und rumänischen Beobachter. Die Verhandlungen sind der Konferenz fern geblieben. Man sieht darin die Antwort auf die bulgarischen Verleumdungen, innerhalb der Konferenzen für die Minderheitenfragen zu werden, wodurch bereits ein scharfer Gegensatz zu der jugoslawischen Gruppe entstanden war.

Gandhi's Bedingungen für eine Reize nach London.

Gandhi hat sich nach einer Meldung aus Indien damit einverstanden erklärt, sich in Kürze nach London zu begeben, selbst wenn die Frage der indischen Kommunalverfassung noch nicht gelöst sein sollte. Er kommt unter der Bedingung, daß während seiner Abwesenheit sein Volkstum nicht den früheren Ungehorsam Lord Irwin freigegeben werden sollte. Falls er unter diesen Voraussetzungen nach London kommen sollte, würde er nicht offiziell an den Sitzungen des Verfassungsausschusses der englisch-indischen Konferenz teilnehmen. Er würde lediglich die Lage des indischen Kongresses auseinandersetzen.

Kleine politische Meldungen.

Zulamentritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu einer jedoch beschützten Sitzung zusammengetreten, auf deren Tagesordnung die Vorbereitung der politischen Lage steht.

2.5 Millionen Arbeitelose in Großbritannien. Das britische Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Gesamtzahl der Arbeitelosen in Großbritannien am 18. Mai 2.506.937 betrug.

Thälkcherin wird Dogen für Außenpolitik. Der ehemalige kommunistische Außenminister Thälkcherin hat sich bereit erklärt, als Berater der kommunistischen Akademie in Moskau das Fach der Außenpolitik zu übernehmen. Thälkcherin wird sein neues Amt im Herbst antreten.

Die finnisch-russische Spannung. Der finnische Geschäftsträger in Moskau wurde von Stalinist empfangen und hatte mit ihm eine längere Unterredung, die jedoch zu keinem nennenswerten Ergebnis führte, so daß die Spannung weiter bestehen bleibt.

Aus der Umgegend

Nebrer, 30. Mai.

Und morgen wird die Sonne wieder scheinen; ebenso heiß, ebenso unbarmherzig wie seit einer Woche, sie wird die Querschliffen, die schon über 40 Grad angeheizt hat, vielleicht noch um einige Grade höher treiben. Eine Abkühlung, nach der Mensch und Tier und mit ihnen die ganze Natur ledigen, scheint nicht in greifbarer Nähe zu sein. Wenn auch die Wettermänner von einem Tief reden, das da irgendwo heraufsteigen soll, um fähig nicht so recht daran glauben. Bei dieser Glut ist ein fähiges Fließbad die beste Erfrischung und es ist zu begrüßen, daß unsere Badeanstalt eröffnet ist. Vor dem Baden in der Umstrut an anderen Stellen kann nicht dringend genug gewarnt werden, selbst des Schwimmens Kundige sollten es unterlassen, ohne Aufsicht zu baden. Die heißen Tage dieser Woche haben in allen Gegenden Deutschlands bereits ubergewöhnlich hohe Todesopfer infolge Ertrinkens gefordert. Zwei Warnungen sind es, die nicht oft genug wiederholt werden können: lernt schwimmen und geht nicht erhit in Wasser. Wenn auch die meisten Todesopfer der Badezeit Nichtschwimmer sind, es gibt auch eine große Anzahl Tote durch Herzschlag, weil die Badenden sich nicht genügend oder gar nicht abgekühlt hatten bevor sie ins Wasser gingen. Eltern, ermahnt eure Kinder zur Vorsicht.

Habes Alter. Am Mittwoch konnte Frau Wilhelmine Hehle ge. Teigtig ihren 90. Geburtstag begehen. Die Jubilarin erfreut sich bester Gesundheit und besorgt ihre Hauswirtschaft noch allein. Eine gewiß seltene Tatsache. Wir übermitteln der Jubilarin noch nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche. Bemerkenswert ist, daß nach einer Schwelmer von Frau Hehle im Alter von 92 Jahren am Leben ist. Es ist dies Frau Friederike Kiehlmann, die lange Jahre in Nebrer gewohnt, jetzt aber ihren Wohnsitz in Köhlen hat.

Kleinpfingsten. Der Sonntag nach Pfingsten, das sog. Kleinpfingsten, bringt überall noch je eine Art Nachfeier des Frühlingsfestes. Überall wo die Pfingstkirchen oder Pfingstgesellschaften sich zusammengeschlossen haben, gehört ihnen der Sonntag nach. Unter ihrer Leitung wird noch einmal Pfingstgärten abgehalten und erst wenn dieser vorbei ist, geben sie ihre Herrschaft wieder ab bis zum nächsten Jahre. Doch die Jugend geht dem Auf dieser Pfingstgesellschaften folgt, haben die Feiertage gezeigt, daselbst wie sich morgen wieder zeigen. Aber auch dort, wo eine solche Pfingstgesellschaft nicht in Erscheinung tritt, lassen es sich untere örtlichen Werte nicht nehmen. Für Kleinpfingsten ihren Gästen noch einmal etwas Besonderes zu bieten.

Die Stadtkapitel bringen Sonntagabend eine Zimnaperette, betitelt „Der Balzer von Strauß“. Es geht um die besten Erzeugnisse dieses Gebiets. Das neue Wien nach dem Kriege ist der Schauplatz der Handlung. Reiche Ausstattung und spannende Handlung sollen vom ersten bis zum letzten Akt. Im Programm läuft einer der beliebtesten „Bild-West-Filme“, Der Sirenen von Colorado.

Wittensschwände. Am Dienstagabend 8 Uhr findet im Gemeindefaal eine Frauenmittwöchentliches Kap, auf die wir an dieser Stelle noch besonders hinweisen möchten.

Abhaltung einer kostenlosen Beratungsstunde. Montag, den 1. Juni 1931, findet von nachmittags 2.30 Uhr ab im Kreisgesundheitsamt in Querfurt, Gr. Schloßstraße 6, für die aus den Anstalten entlassenen Gefestranke, schwer erziehbaren und schwachmündigen Kinder, straffälligen Jugendlichen usw. eine kostenlose Beratungsstunde durch den Direktor der Landesheilanstalt Niesleben, Herrn Prof. Pfeiffer in Halle a. S. statt.

Arren. Die Dienstag hier gelandete Leide wurde als die Person des aus Brücken gebürtigen Schmiedemeisters Friedrich Reiter, 79 Jahre alt, festgehalten. Der Lebenswider hatte seinen Ausfall mit Pfaffensteinen beschwert. Die Angehörigen wurden benachrichtigt.

Saubad. Eine sehr interessante Beobachtung aus dem Tierleben konnte kürzlich hier gemacht werden. Eine Glucke mit ihren Küken war etwas abseits des Dorfes ins Feld gelaufen, als sie bemerkte, daß ein Raub eines der Küken zu rauben versuchte. Unter Abgabe des Warnrufes, der die Küken auf einen Saufen lenkte, und großem Geschrei drückte die Glucke ununterbrochen auf den Wücker ein. Dieser aber ließ sich von der Sonne nicht fassen, letzte sich, flog dann ein Stücken weiter, setzte sich wieder auf und lockte dadurch die Glucke ein ziemliches Stück von den Küken fort. Als ihm die Entfernung weit genug erschien, flog er rasch zu den Küken, holte eines der Tierchen und suchte das Weite. Das ganze Licht bestimmt auf Ueberlegung bezu. auf das Vorhandensein eines entsprechenden Infinitives schließen. Der Raub, der überdies nicht weit fortsetzte, kam bald wieder und verlor daselbst Manöver. Weil man jedoch den ersten Raub gesehen hatte, trieb man die Glucke samt Küken nach Hause, und Freund Schwereffittel mußte unermüdeter Sache enttäuscht absteigen.

Almrich. Der 10 Jahre alte Schüler Tschibi aus Almrich ist in der Nähe der Stadtkapitel ertrunken. Der Schüler hatte mit seinem gleichaltrigen Freund Grohe aus Almrich an einer flachen Stelle gebadet. Beide waren Nichtschwimmer, sie gerieten gleichzeitig in eine tiefe Stelle in der Saale und gingen sofort unter. Ein älterer Herr, der des Weges kam, sah zufällig, wie Grohe noch einmal auftauchte. Er sprang sofort ins Wasser und konnte ihm ans Land bringen und durch Wiederbelebungserfolge wieder ins Leben zurückrufen. Erst durch den Gerichten erfuhr er, daß noch ein zweiter Schüler ertrunken war. Nach einer dreizehn Stunden gelang es, auch diesen zu bergen. Sofort angelegte Wiederbelebungserfolge blieben hier jedoch leider ohne Erfolg, da der Knabe schon zu lange im Wasser gelegen hatte.

Halle. Der Allgemeine Konsumverein Halle und Umgegend, der sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet und mit seinen Gläubigern einen Vergleich anstrebt, hielt am Dienstag eine Vertreterversammlung ab, die bis gegen 1 Uhr nachts dauerte. Der gerichtlich bestellte Treuhänder, Direktor Silberbrandt, erstattete einen kurzen einleitenden Bericht über die Lage des V. V. und den Stand des Vergleichsverfahrens. Danach lei es möglich, zu einem Vergleich von 35 Prozent zu kommen, wie er durch vorgeschlagenen Ver. Bedingung lei dabei jedoch, daß es aquine, die zum 6. Juni von der Ver-

Honorskaffe der Arbeiter und Angestellten der Deutschen Konsumvereine erwirbt Zwangsversicherung wegen einer Hypothek von 400 000 Mark nebst Zinsen hinauszuweisen. Gelänge das nicht, sei der Bankrott unausfallig.

Nach diesen Ausschreibungen kam es zu einer sehr erregten Debatte, woran ein Antrag des Ausschusses und der Beratung des VRS, sofort in Verhandlungen mit der GEG, Hamburg wegen Sinauschiebung des Zwangsversicherungsstermines einzutreten, angenommen wurde. Wierüber gegen diesen Antrag wurde sich nicht gefasst. Von der Ausschließung des VRS wurde aber berichtet, daß damit noch lange keine Verbesserung unter der GEG, beschloffen sei.

Zur Durchführung des Vergleichsverfahrens sollen jährlich Mindestumläge von 5 Millionen Mark erforderlich sein.

Rudolfshut. Die Eisenbahnhilfen der Strecke Schwarz-
30-Bad Blankenburg zeigten am Dienstag eine heftige Einwirkung der Hitze, daß der Zugverkehr nicht mehr regulär durchgeführt werden konnte. Der Verkehr wurde im Umweg über Gaeßeln nehmen.

Wein. Im Landtag wurde am Mittwoch die Aufhebung der von Dr. Friedl im Jahre 1930 erlassenen Verordnung „Wider die Negelkultur, für deutsches Volkstum“ beschlossen. Die Annahme dieses von der Linken gestellten Antrages erfolgte mit den Stimmen der SPD, KPD, Deutschen Staatspartei und Deutschen Volkspartei gegen den lebhaften Widerstand der äußersten Rechten.

Zinnur wurde ein nationalsozialistischer Antrag auf Herabsetzung der Zinnergelder von 16 000 auf 12 000 M. angenommen. Da durch diesen Antrag die Ministerialdirektoren ein höheres Jahreseinkommen als die ihnen vorgelegten Minister haben würden, erhebt sich die Frage, ob der Beschluß rechtlich durchführbar sein wird. Die Annahme des Antrages erfolgte mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, Staatspartei und Deutschnationalen bei Enthaltung der Wirtschaftspartei und der Landvolkspartei.

Wänschendorf, Landt. Gera. Große Aufrichtung herrschte am 1. Pfingstfesttag in dem Ausflugsort „Fischmühl“. Mitten unter die zahlreichen Gänge war ein mit mehreren jungen Mädchen besetztes Auto gefahren, dessen Fahrer sich überfahren und ihn und noch eine ganze Reihe weiterer Personen schwer und weniger schwer verletzt. Der Gänge hatte sich eine heftige Schlägerei bemächtigt, daß die Autofahrer ihn nicht wollten, und nur durch die eingreifende Polizei an ihrem Vorhaben gehindert wurden.

Die Burigen, die das Unglück verschuldet haben, hatten sich einen „Pfingstfischer“ machen wollen. Sie hatten sich ein Auto gemietet, dessen Motor amontiert war, den Wagen einen Berg hinaufzuführen, sich dann hineingeklettert und waren nun mit dem motorisierten Wagen den Berg hinauf zu fahren. In einem gefährlichen Sturz waren die Herrschaften über das Fahrzeug verloren und waren in das Gartenloft hineingefallen.

Schleinglen. Der erwerbslose Arbeiter U d e r m a n n in Erlau geriet mit seiner Schwiegermutter in einem Wortwechsel, in dessen Verlauf er die Frau mit einer Pistole bedrohte. Als sie flüchtete, begab sich U d e r m a n n in sein Schlafzimmer und erschoss dort sein 12 Monate altes, im Bett liegendes Kind. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. U d e r m a n n wurde ins Göttinger Krankenhaus gebracht, wo er mit einer schweren Kopfverletzung darniederliegt.

Mühlhausen (Hittl). Mit einem Begrüßungsabend in der Pauluskirche endete am kommenden Sonnabend die Mühlhäuser Tagung des Reichsausschusses für die deutsche Provinz Sachsen eingeleitet. Die öffentliche Hauptversammlung wird am Sonntag vormittag in der Aula der Oberrealschule-Reformationsgymnasium abgehalten. Der Vorsitzende der Tagung spricht hier über „Die höhere Schule im Abwehrkampf“ und Universitätsprofessor Dr. W e g l e (Halle) über „Das amerikanische und englische Universitätswesen im Vergleich mit dem deutschen“.

Nordhausen. In dem von dem Baron von S t r e i c h besetzten Grundbesitz in Nordhausen machte die Polizei einen Fang von 10 Affen an. Von Nordhausen hatte die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, daß er abends in betrunkenem Zustand sieben schwarze Schiffe aus einer Armeepistole auf die Straße abgedrückt hatte. Die Schiffe trafen glücklicherweise niemanden. Die benachrichtigte Polizei nahm den Affenbesitzer in Schutzhaft und durchsuchte das Grundbesitz nach Waffen. Es wurden ein 9. L. Leber, ein Handgewehr, zwei Seitengewehre, mehrere Pistolen, eine Handgranate, eine Wirtgranate, zwei englische Handgranaten und 80 Stück Infanteriemunition gefunden. Außerdem wurden 14 Jagdgewehre, sechs Trommelrevolver und 51 Stück artillerischer Waffen polizeilich sichergestellt. Von Nordhausen wird zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes in die Heilanstalt P a f f e r o d e bei Mühlhausen überführt werden.

Neues aus aller Welt.

Mordanschlag auf einen Berliner Bankier. In dem Kaiserbaum des Bankgeschäfts W. Rohle und Co., Berlin, Charlottenstraße 56, erschien ein etwa 30jähriger Mann, der sich mit dem Namen Hofrichter vorstellte und eine Unterredung in Angelegenheiten mit dem Inhaber des Geschäfts, dem 43 Jahre alten Bankier Willi Rohle, erbat. Gleich darauf hörten die Angestellten mehrere Schüsse fallen. Sie drangen in das Arbeitszimmer ein und fanden den Bankier mit einem Unterarmwund und einem Lungenwund verletzt vor, während der angegebliche Hofrichter im Begriff war, sich selbst eine Kugel in den Kopf zu schießen. Die Angestellten fielen ihm in den Arm, der Schuß löste sich aber trotzdem und freiste Hofrichter leicht am Kopfe. Die inzwischen alarmierte Polizei nahm Hofrichter fest, während Bankier Rohle dem Westendkrankenhaus zugeführt wurde. In dem angeblichen Hofrichter wurde ein verschlossener, an dem angeblich Hofrichter gerichteter Brief gefunden, der der Staatsanwaltschaft zugeleitet wurde.

Unwetterstürmen in Frankreich. Schwere Gewitter, die sich in der Nacht über Frankreich entluden, haben an verschiedenen Stellen erhebliche Schäden angerichtet. Mehrere Flüsse traten über die Ufer und überschwemmten die Ortschaften. Am stärksten fiel die Gegend von M e t z und Fontainebleau in Mitleidenschaft gezogen worden. Durch einen Blitzschlag entstand in Paris ein Feuer, das jedoch schnell gelöscht werden konnte.

„Tring und Triniertied“

Zur 100jährigen Darstellung gelangt. Zur Einführung möge das Zurückgehende dienen.

Im Nibelungenlied begegnen die Helben Tring und Triniertied, die sich die ersten, die die Burgunden tapfer angriffen, ihnen Buntz beherrigen, aber selbst fallen. Das ist eine Erinnerung an viel ältere Helbenlagen aus dem Ende der Völkerwanderung. Sagen, die sich mit der Zerstörung Burgscheidungen und dem Untergang des Thüringer Reiches im Jahre 531 verknüpfen, und von denen sich Auszüge bei dem schifflichen Chronisten Widukind von Corvey (10. Jahrhundert) finden. Der erzählt, daß Triniertied, König der Thüringer, mit Amalberg verheiratet war, der hellschönen Tochter des Frankenkönigs Chlodwig. Aber die Franken wählten den Chlodwigs Tode Chlodwigs unehelichen Sohn Dietrich zum König. Da reizte Amalberg Triniertied mit Hilfe Trings, des tapfern und klugen Rates des Königs, daß er die Gesandten Dietrichs mit Hohn und Spott abwieß. In seiner Ehre getränkt, begann Dietrich den Krieg mit den Thüringern. Triniertied mit Hilfe der Sachsen gelang es ihm, Triniertied bis in seine Burg Scheidungen zurückzudrängen. Da begab sich Tring in das französische Lager, er bot Dietrich die Unterwerfung der Thüringer an, wenn er sich mit ihnen gegen die Sachsen verbände. Tatsächlich gelang es ihm, Dietrich zu gewinnen, das Bündnis wurde geschlossen — aber von einem Thüringer den Sachsen verraten. Er schloß die Sachsen sich zurückziehen, da entflammte sie ihr Führer, der alte Sobugast, zum nächsten Sturm auf Scheidungen. Er gelang ihnen. Nur wenige Thüringer, unter ihnen Triniertied und die Seinen, entkamen. Aber als das Dietrich hörte, bestimmte er Triniertied in sein Lager zu kommen, den Tring aber bewog er durch große Versprechungen, seinen Herrn zu töten. Und während Triniertied vor Dietrich kniete, tötete ihn Tring, der neben König Dietrich stand, mit dem Schwerte. Sogleich rief ihm der König zu: „Du Du tödest solchen Frevel allen Menschen verhasst geworden bist, weil Du Deinen Herrn getödet, willst Du freie Bahn haben, von uns hinwegziehen; an Deiner Fremdeit wollen wir noch Schuld noch Anteil haben!“

„Mit Recht“, erwiderte Tring, „ich allen Menschen verhasst geworden, weil ich Deinen Räten gedient habe. Bevor ich jedoch von dannen gehe, will ich mein Verbrechen sühnen dadurch, daß ich meinen Herrn töde!“ Und wie er mit entsetztem Schreie das Schwert zog, hieb er auf Triniertied nieder, nahm den Körper seines Herrn und legte ihn über den Leichnam des Dietrich, damit der weitens im Tode liege, welscher im Leben unterleant. Und er ging von dannen, mit dem Schwerte die Weg bahndend.

Die Szene, in der Tring seinen Herrn und dann Dietrich erschlug, ist ein wunderbarer Abglanz der alten germanischen Helbenbedeutung. Tring, von Dietrich betrogen, hat seinen Herrn erschlagen. Da erwacht in ihm das helbische Gewissen, die Erkenntnis, wie schändlich er gehandelt hat. Und so erfolgt der zweite Mord an Dietrich als Sühne für den ersten. Die ungeheure Spannung der Schlüsszene, der mächtige heilige Konflikt in Tring, die gewalttätige heilige Lösung des Konflikts — die sind würdig der besten Ueberlieferung, die wir, wie im Nibelungenlied oder im Hildebrandslied, von der alten germanischen Helbenlage haben, und von Schepferhand geformt.

Der Schaulich dieser großartigen Sage ist unsere engere Heimat, ist Burgscheidungen.

Aber zu derselben Zeit, in der dort eine Gestalt wie Tring der Sage lebendig wurde, lebte auf der Burg eine sinnliche Heilige, Radagundis, die Nichte Triniertieds. Undenklich aus so alter Zeit ist die geschichtliche Ueberlieferung, gerade aber auf Radagundis fällt helleres Licht. Ihre Kindheit verlebte sie auf großen Teile auf der Burg Scheidungen, am Hofe ihres Onkels Triniertieds, als Spielgefährtin seines Sohnes Amalberg. Amalberg, Triniertieds Gemahlin, war seine französische Prinzessin, wie die Sage erzählt, sondern eine ostgotische, die Nichte Theodorichs des Großen, abgeleitet in den Ränken und Wissenschaften Italiens, eine Christin. Durch sie muß Radagundis die erste Weibchen in der Religion erhalten haben. Da brach der furchtbare Krieg aus, der ihr Vaterland zerstörte, sie selbst war schon vorher in die Hände der Franken gefallen. Hofstar, der Bruder Dietrichs, führte sie nach Frankreich, ließ sie dort erziehen und vermählte sich mit der Zwanzigjährigen. Aber die Ehe war nicht glückselig. Hofstar, der später das Frankenreich allein beherrschte, war doch, roh ja grausam. Radagundis trat in den weltlichen Stand und gründete schließlich das Kloster Poitiers in Frankreich, dessen Abtissin sie wurde.

Nach ihrem Tode wurde sie heilig gesprochen. Von Poitiers aus aber trat Radagundis in Beziehung zu den Gelehrten und Künstlern ihrer Zeit. Es sind lateinische Gedichte, auf sie und non ihrer veranlaßt, erhalten, die immer mit Schmerz und Wehmut ihrer glücklichen Kindheit in Scheidungen und dessen furchtbaren Zerstörung gedenken und immer wieder ihre heilige Einsamkeit und Verlassenheit im Frankenland beklagen. Ihr Vater, ihr Onkel sind tot — Amalberg, ihren Jugendbesitzer, wird sie nie wiedersehen; er ist mit seiner Mutter Amalberg schließlich in den Hof des ostgotischen Kaisers nach Byzanz gekommen und hat in hohen Heer als Offizier gekämpft.

Selbstenlage und Heiligengedenke, beide wehen ihre Erinnerungen um Burgscheidungen. Und beiden Gewalten, den sittlichen und poetischen Kräften des alten helbischen Helbens, wie der höherstehenden, geistigeren Helbenkraft des Christentums will die Heimatlied den Tribut der Erinnerung bringen. In ihm ist Tring germanischer Held, Triniertied deutscher Christ. Wie sich beide in ihrer Geminnung begegnen, beide in ihrer Art liegen, verjüngend aber am Schluß die Idee des Christentums sich durchringt, das ist sein heimatlicher Inhalt.

Bundestag der „Freischar junger Nation“.

Während der Pfingstferien tagte die „Freischar junger Nation“, der größte nationale Jugendbund, ihren Bundestag in Rudolfsbad. Es war dies das erste große Reichstreffen aller reichs- und grenzüberschreitenden Organisationen des neuen großen Bundes, der durch den Zusammenfluß des Großdeutschen Jugendbundes und des Jungnationalen Bundes im Sommer 1930 entstanden ist. 5000 Jungen hatten auf den Saaleeilen bei Rudolfsbad eine riesige Feststadt entstehen lassen und 1200 Mabel waren in den Schulen und Turnhallen der Stadt untergebracht. In Wandersingen waren sie aus allen Teilen des Reiches, der Grenzlande und aus Deutsch-österreich nach Rudolfsbad gekommen, besetzt vom gleichen Gemeinschaftsgeist, und von gleicher Hingabe an eine große Idee, an die Idee des Vaterlandes. In diesen Pfingsttagen gelobte die junge Generation gemeinsam mit ihrem Führer, dem Admiral a. D. von Trotha, dem Vaterlande Ehrfurcht, Treue und Treue. Eine ungefähre Vorstellung von der Größe des Bundestages, an dem auch die Gruppe Kojleben mit 11 Jungen teilnahm, erhält man durch einige Zahlen. 250 Zelte gaben je 20 Jungen Unterkunft; 480 Zentner Stroh wurden für die Lagerstätten benötigt. 20 Zentner Erbsen, 8 Zentner Reis, 25 Zentner Kartoffeln, 5 Zentner Rindfleisch und 5 Zentner Schweinefleisch zeugten von dem guten Appetit der „jungen Nation“.

Vorlicht bei Gesellschaftsfahrten im Kraftfahrzeug.

Frakt eben Montag kann man in der Tagespresse Mitteilungen darüber lesen, daß da oder dort Sonntagmorgens Kraftfahrern mit Ausflügeln, dem mit Kraftfahrzeugen aller Art Ausflügeln in großen Mengen beschäftigt werden. Von verschiedenen Unbeglückungen und auch von heftigeren Unfallverletzungen ist schon berichtet worden, gegen dieses wilde Kraftfahrzeugfahren einzufahren, jedoch fehlt hierzu die geistliche Handhabung. Es gibt nur eine Maßnahme, von dem Teilnehmer zu verlangen, daß er nachweist, daß die Fahrzeuge in der Kraftpflicht- und Unfallversicherung versichert sind. In den meisten Fällen wird dies bei den Kraftfahrzeugbesitzern nicht zutreffen. Wenn nun bei einem nichtversicherten Kraftfahrzeug, der Personen bedroht, ein Unfallfall vorkommt und Personen dabei verletzt werden, so geht dann der Beschädigte leer aus. Es muß daher die Öffentlichkeit weitgehend auf diese Zustände aufmerksam gemacht werden und jeder Teilnehmer einer solchen Kraftfahrzeugfahrt muß unbedingt vor Eintritt der Fahrt von dem Kraftfahrzeughalter verlangen, daß er ihm beweist, daß er als Kraftfahrzeug auf seinem Kraftfahrzeug versichert ist. Wenn dies der Kraftfahrzeughalter bejahen kann, so muß dringendst vor der Benutzung derartiger Kraftfahrzeuge gewarnt werden. Dies umso mehr, als die gewerkschaftlichen Omnibusbesitzer durch geistliche Zwangsmaßnahmen verpflichtet sind, bestimmte Versicherungen einzugehen und daß durch diese werden Kraftfahrzeugunternehmer dem Omnibusverkehr große Schäden zugefügt wird. Selbstschuß für der beste Schutz. Deshalb fordern wir von jeder Kraftfahrzeugfahrt mit Kraftfahrzeugen nachweis, ob die Kraftfahrzeuge versichert sind. B. R. S. D.

Wochenendwetterbericht.

Mitteltell von der Landeswetterkarte Weimar.

Das weitere Sommerwetter mit den sehr hohen Temperaturen steht unmittelbar vor seinem Abschluss. Die Tiefdruckrinne, die sich von England über Skandinavien nach Nordeuropa hin ausbreitet, wird das Nordrinnen maximaler Luftmassen nach Mitteleuropa verfrachten, wobei zunächst härtere Bewölkung, jedenfalls auch Gewitterbildung und Niederschläge eintreten werden. Durch den von Südwesteuropa her nachfolgenden Aufströmungsdruck wird die Wetterverfälscherung nur vorübergehend sein. Es wird gegen Wochenende etwas unbestimmtes Wetter mit fast bedecktem Himmel zu erwarten sein, wobei die Temperaturen nicht unbedeutlich hinter denen dieser Woche zurückbleiben werden. Da die Luftfeuchtigkeit gleichzeitig zunimmt dürfte, nachdem jetzt Trockenheit geherrscht hat, das weniger angenehme, schwüle Sommerwetter aufkommen.

Spiel und Sport

Nebrer Sportvereinerung 1924.

In Nebra berichtet morgen wenig Sportbericht. Es spielen nachmittags 3 Uhr U. V. C. Langs 3. Herren und U. V. C. 24 3. Herren. Es treffen sich hier gleichwertige Gegner, so daß der Sieger erst am Schluß des Spieles feststehen wird. Anschließend spielt die Schülermannschaft gegen eine neu zusammengestellte Jugendmannschaft. Die Sommermannschaft führt voraussichtlich nach Weisengirtenbach und erliegt dort ein Rückspiel gegen U. V. C. Weisengirtenbach 1. und 2. Herren. Die 1. und 2. Mannschaften pausieren, um nächsten Sonntag etwas früher in das Pokaltornier des S. C. Eintracht Kojleben eingreifen zu können.

Kirchliche Nachrichten

Trinitatis, Sonntag, den 31. Mai 1931.

Sonntagsevangelium: „Es sei denn, daß jemand von neuem geboren werde, so kann er das Reich Gottes nicht sehen.“ (Joh. 3, 3. 8.)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Johannes 3, 1-15.)
Wieder: 114 (86), 117 (407), 116 (87).
12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Jugend in der Kirche.
12 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Jugend im Gemeindefaal.
Dienstags, abends 8 Uhr: Frauenmissionsschule im Gemeindefaal.
Mittwoch, abends 7/9 Uhr: Bibelstunde im Gemeindefaal.
Freitag, abends 7/9 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindefaal.
Getraut wurden am 23. Mai: Lehrer Erich Meyer und Luise Wölter von hier.
Getauft am 24. Mai: Otto Rudi Müller, Wilhelm Günther Erasmann, Alfred Friedrich Ernst Wals, Harry Walter Kluge, Uteula Beigitte Müller.

531 Zum Heimatlag in Burgscheidungen. 1931

Anläßlich der 1400. Wiederkehr des Burgscheidungen Schicksalstages findet am 14. Juni dieses Jahres ein Heimatlag in Burgscheidungen statt, bei welcher Gelegenheit auf der Parkwiese vor der Schloßstraße das Burgscheidungen

MAGGI'S billigste!
SUPPEN
1 Würfel nur noch 10 Pfg.

Verlust eines Sparbuchs

Beim Verlust eines Sparbuchs kommt das Aufgebotsverfahren in Betracht. Die näheren Bestimmungen enthält die Zivilprozessordnung (§ 1023). Der Verlierer muß beim Amtsgericht, in dessen Bezirk die Sparkasse ihren Sitz hat beantragen, das verlorene Sparbuch für kraftlos zu erklären. Hierbei muß er den Verlust glaubhaft nachweisen (evtl. durch einseitige Versicherung) und einen Ausweis über den Stand des Kontos beibringen. Das Gericht bietet nun das Sparbuch durch öffentliche Bekanntmachung auf und legt eine Frist, die mindestens drei Monate betragen muß. Werden innerhalb der Aufgebotsfrist — spätestens im Termin — von Dritter Seite Rechte geltend gemacht, ist wird hierüber im ordentlichen Rechtswege entschieden. Werden Rechte nicht geltend gemacht, so wird das aufgebote Sparbuch durch Ausschüttung für kraftlos erklärt. Auf Grund des Ausschüttungsurteils wird dem Verlierer von der Sparkasse ein neues Sparbuch ausgestellt.

Neben dem gerichtlichen Aufgebotsverfahren ist für Preußen durch Artikel 15 des Sparkassenreglements vom 12. 12. 1908 noch ein außergerichtliches Verfahren zur Kraftlosklärung des Sparbuchs zugelassen. Hiernach ist die Sparkasse auf Grund der Sägun berechtigt, das Aufgebotsverfahren zu ersetzen.

Das Urlaubsrecht

Die Urlaubszeit rückt näher. Aber nicht jeder ist über die richtige Lage hinsichtlich der Gewährung von Urlaub im Klaren. Die höchste arbeitsrechtliche Spruchbehörde, das Reichsarbeitsgericht, hat sich in den letzten Jahren auch mit dieser Zeilfrage des Arbeitsrechts in zahlreichen Entscheidungen abgesehen. Nach der Reichsprechung des Reichsarbeitsgerichts (48/28) darf während des Urlaubs durch den Beurlaubten bezahlte Arbeit grundsätzlich nicht geleistet werden. Das Gericht sieht hier auf dem Standpunkt, daß die Annahme bezahlter Beschäftigung während der Urlaubszeit dem Sinne und Zweck des Urlaubs widerspricht. Wird eine solche Tätigkeit auf Anfordern nicht nicht eingestellt, so kann u. U. fristlose Entlassung gerechtfertigt sein. Als Vergütung während der Urlaubszeit ist das normale Entgelt üblich. Wird in einem Betriebe jedoch Kurzarbeit geleistet, so steht dem Urlauber nur der getriggerte Arbeitslohn zu. (R.A.G. 17 und 24. 4. 1929). Entrahnt der Arbeitnehmer während des Urlaubs, so kann er nicht Ersatz für die entgangene Erholungszeit fordern. Krankengeld darf, selbst wenn es sonst zulässig sein sollte, in diesem Falle nicht vom Gehalt abgezogen werden. Der Urlaubsanspruch bleibt bei Kündigung der Beschäftigung bestehen, wenn er bereits erworben war. (R.A.G. 126/28 — 12. 1. 1929). Bei fristloser Entlassung bleibt nach R.A.G. 6. 7. 1929 ev

ermorbener Urlaubsanspruch gleichfalls erhalten. Kann Urlaub durch vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis nicht genommen werden, so fällt der Urlaub durch Geldentschädigung abzugeben. Dieser soll wert z. B. bei Konfurfen häufig auf die Abgeltungsforderung stellt im Konfurfen des Arbeitgebers genau so wie der Arbeitslohn eine bevorrechtigte Konfurforderung dar (R.A.G. 663/28 — 19. Juni 1929).

Auskunftspflicht Dritter gegenüber dem Finanzamt

Nach § 177 der Reichsabgabenordnung sind alle Personen, die Tatsachen bekunden können, dem Finanzamt zur Auskunftserteilung verpflichtet, vorausgesetzt, daß gegen die in Betracht kommende bestimmte Person ein Steueraufsichts- oder Steuerermittlungsverfahren eingeleitet ist. Diese Auskunftspflicht bezieht insbesondere auch für Berufsvertretungen, Körperkassen und Besörden. Dagegen darf das Finanzamt zur Aufbedung unbekannter Fälle von dieser Auskunftspflicht keinen Gebrauch machen. Die Auskunft soll in der Regel schriftlich erteilt und auch erteilt werden, wemgleich das Finanzamt auch das persönliche Ercheinen der Auskunftspersonen anordnen kann. Die Auskunft kann jedoch verweigert werden, wenn sie die Befragten oder einer nann Angehörigen von ihm der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde.

Für Verbände und Vertretungen von Betriebs- und Berufsvereinen besteht außerdem noch die sogenannte Befandspflicht, wie sie der § 191 der R. A. O. vorseht. Sie geht weiter als die Auskunftspflicht, da sie bereits wirksam wird, wenn es sich nicht um die Steuer einer bestimmter Person handelt und ein Steueraufsichtsverfahren nicht schwebt. Die Befandspflichtigen haben den Finanzämtern jede zur Durchführung der Besteuerung erforderliche dienliche Hilfe zu leisten, also u. a. Einsicht in ihre Bücher, Listen usw. zu gewähren. Ein beratiges Annehmen des Finanzamtes kann indes dann abgewiesen werden, wenn es die gemeinliche Information sich ebenfalls durch eigene Tätigkeit verschaffen kann. Ueberdies sollen die Finanzämter von ihrer Befandspflicht durch die Erreichung tatsächlicher Erhebungen zu verlangen und Einsicht in die Unterlagen zu nehmen, nur in den seltensten Fällen Gebrauch machen. Auch sollen gemäß § 209 Abs. 1 R.A.O. die Auskunftspersonen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen nicht zum Ziel führen oder keinen Erfolg versprechen.

Herstellungskosten von Wohnungen.

Aus dem engen Zusammenhange der Bewohner infolge übermäßiger Bebauung der Grundfläche haben sich Schäden auf geinlichstlichen und städtischen Gebiet ergeben, die geeignet sind, das Gesamtwohl der Bevölkerung zu gefährden. Das Verbotene, diese Gefahren zu beseitigen, hat jedoch in

neuerer Zeit zu Maßnahmen geführt, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht vertretbar und vom geinlichstlichen Standpunkt aus nicht notwendig erscheinen. Diese Maßnahmen, denen man zustimmen könnte, wenn dabei die notwendigen wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung gewahrt würden, haben ihren Niederschlag in den geltenden Baupolizeiverordnungen gefunden, indem man hier allgemein vom dem Kern nach den Außenbezirken eine Verminderung der Bebauung vorsch. Solche Baupolizeiverordnungen gehören in der Regel im Grundriß ein gutes Schaubild, auch wenn der zukünftige wirtschaftliche Aufbau zu den größten Nachteilen führt. Für die Steuerleistungen der Erbauer kann es wirtschaftlich nichts Ungünstigeres geben, als wenn das Streben nach überhöhtmässigem Gewinn es läßt sich vielfach feststellen, daß die wirtschaftliche Lage einer Stadt um so ungünstiger ist, je größer die Straßenzüge auf den Kopf der Bevölkerung ist. Daher ist eine planmäßige Entwicklung vorzubereiten. Infolge der Vorschriften der heutigen Baupolizeiverordnungen werden ungeheure Werte vergeudet, einmal durch die unrichtige Behandlung des Straßens- und Bauwesens, zweitens durch die Abigung zur Aufwendung höherer Kosten für Gebäude mit geringerer Gefohlszahl an unrichtiger Stelle.

„Anabwendbarer Zufall“?

Bei Veräußerung einer Pfochschrift kann die Wiedereinlegung in den vorigen Stand beantragt werden, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder durch andere unabwendbare Zufälle an der Einlegung der Frist verhindert worden ist. — Ein Arbeitgeber im Auftraggebiet war von dem Arbeitsgericht zur Zahlung einer bestimmten Summe aus einem Verträge verurteilt worden. Er beauftragte einen Anwalt, Berufung, einzulegen, der seinem Bürovorsteher entsprechenden Auftrag gab. In der Berufungsschrift war dann als Gegner nur der Mann, nicht, wie es die Pflicht gewesen war, auch die Frau genannt. Aus dem Landesarbeitsgericht beantragte nun der Anwalt des Arbeitgebers, seinem Mandanten die Wiedereinlegung in den vorigen Stand zu gewähren, da ein unabwendbarer Zufall, nämlich der Fehler, den der andere Anwalt gemacht habe, ihn gehindert habe, das Ehepaar als Prozeßgegner zu benennen. Diese Wblt sei nur an dem Versehen des Anwalts gefehlet, und das sei ein unabwendbarer Zufall. Das Landesarbeitsgericht wies diesen Einspruch ab; der in dem Büro des Anwalts gefehete Fehler sei nicht ein „unabwendbares Ereignis“ für diesen Auftraggeber. Im übrigen entspreche die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts der herrschenden Rechtsprechung, die darin, daß z. B. die Einlegung eines Rechtsmittels durch ein Versehen des Anwalts unterbleibe sei, grundsätzlich keinen unabwendbaren Zufall erhalte.

Betr. Geologische Aufnahmearbeiten.

Die Preussische Geologische Aufnahmecommission in Berlin wird im laufenden Jahre im hiesigen Kreise geologische Aufnahmearbeiten ausführen lassen. Mit diesen Arbeiten sind beauftragt: Abteilungsleiter Professor Dr. Raumann und Geologe Dr. Schröder. Beide Herren sind mit Dienstausweisen von der Geologischen Landesanstalt versehen worden. Mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit dieser Arbeiten und Wichtigkeit für die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und die Industrie ist es dringend erwünscht, daß die Ortsbehörden und Reiseingesehene die Genannten bei ihren Arbeiten unterstützen und sie namentlich von etwa gemachten geologischen Funden und Beobachtungen, welche für die Aufnahme von Wichtigkeit und Interesse sein können, in Kenntnis setzen. Auch bei der etwaigen Suche nach geeigneter Unterkunft für die Aufnahmegeräte ist den Genannten Unterstützung zu gewähren. Derfurt, den 19. Mai 1931.

Der Landrat. gez: Dr. Wandersleb.

Veröffentlichung:

Nebra, den 28. Mai 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Betr. Schweinefleischzählung.

Am Montag, den 1. Juni d. Js., findet von Reichs wegen eine Schweinefleischzählung statt.

Durch diese Zählung soll ein Aufschluß über den wirklichen Stand und Entwicklungsgrad der Viehwirtschaft in allen Teilen des Landes im Vergleich mit den Vorjahren gewonnen werden.

Es wird gebeten, den Zählern auf alle Fragen genaue Auskunft zu geben.

Aber vorzüglich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrats v. 30.1.17 (R.G. Bl. 81) aufgefodert wird, nicht erstattet oder wissenschaftliche oder unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 dieser Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 RM. bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für „dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Nebra, den 27. Mai 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Die diesjährige

Kirchzählung

der Rittergüter Wigenburg, Weizenföhrbach, Reinsdorf, Kleinschöftädt und des Outes in Spielberg soll am Freitag, den 5. Juni 1931, vorm. 10 1/2 Uhr im Gasthofe zu Wigenburg

im Wege des Meißgebotes gegen Barzahlung zu den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen verfaßt werden.

Kleinpflanzten

Auf nach dem

Schweizerhaus Wigenburg.

Stadt-Lichtspiele Prenß Hof

Sonntag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

„Der Walzer von Strauß“

ferner:

„Der Schrecken von Colorado“

Es ladet freundlichst ein Borgwardt.

Gelbe Raucherzähne

„Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach breimalem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und uneben waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. S. Sordt Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 24 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Versuch bolter zurück.“

Geschäfts - Verlegung

Meiner werten Kundschaft von Nebra und Umgegend zur gefl. Mitteilung, daß ich meinen Wohnsitz von Nebra

nach Roßleben (Siedlung Eigenheim Nr. 15, 1 Tr.)

verlegt habe und mein Geschäft in bisheriger Weise weiterführe. Nach wie vor werde ich meine Kundschaft regelmäßig besuchen. Das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bitte ich auch weiterhin zu bewahren.

Gleichzeitig biete ich als Sonder-Angebot an: Einen großen Posten Dirmel-, Bordüren-, Sport- und Künstler-Druckkleider in erstklassiger Ausführung, schweren Qualitäten, in den Größen 42 bis 48 zum Einheitspreis von 4.60 RM. das Stück.

Ferner: Panama-Sportkleider (weiß) 5.50 RM, Damenträgerschürzen 1.50 RM usw., Prinzerröcke, Damenhemden, Sporthemden f. Herren, Jünglinge und Knaben, Schlosseranzüge, echt blau, Köper-Drell, auch in feldgrau 8.80 RM, Wickelschürzen, Kinderschürzen und Kinderkleider in allen Größen. Damenstrümpfe (Bemberg-Adlerseide), Paar 2.40 RM, Herrensocken (Macco mit Seide), Paar 1.40 RM.

Alfred Vogel

Kein Laden!

• Inserieren bringt Gewinn •

Welhagen & Klafings

Monatshefte

gekostet im In- und Auslande den
Auf der
schönsten deutschen
Monatschrift

Monatlich nur 2.40

Der Leserkreis:
Jeder kulturbedürftige Deutsche, der an der Entwicklung seiner Zeit lebendigen Anteil nimmt.

Jedes Heft bringt
Meisterwerke moderner Erzähler
Plaudereien hervorragender Schriftsteller aus allen Gebieten des Lebens und der Kultur. Herrliche Wiedergaben nach Werken der bildenden Kunst.

Welhagen & Klafings Monatshefte machen Ihr Heim zu einer Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Welhagen & Klafing, Leipzig C1 überander auf Wunsch gegen Einbenbung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Heft (sonst 2.40) als Probeheft

Sommerprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beselligt. Preis 4 2/5

In Nebra: Adler-Drogerie
W. Gutschmuths

Drucksachen

für Handel, Gewerbe und Industrie festigt an Buchdruckerei W. Sauer

Abonnieren Sie die

Elegante Welt

Das tonangebende Mode- und Gesellschaftsblatt

PREIS PRO HEFT 1 RM
QUARTAL 6 RM

Probenummern gratis u. franco

Verlag: Dr. Sells-Exyler & G. Berlin SW 68

Neuber Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 24/25.
Fernprediger: Amt Kisleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 64

Sonnabend, den 30. Mai 1931.

44. Jahrgang

Die letzte Woche.

Der Reichsaussenminister hat am Mittwoch dem Reichskabinett über die Genfer Verhandlungen Bericht erstattet, und der Kabinett hat seinen Ausführungen zugestimmt und durch den Reichsfinanzminister den deutschen Delegation den Dank der Reichsregierung ausgesprochen. Damit ist der Abschluss der deutschen Außenpolitik abgeschlossen, es bleibt freilich keine Ruhepause, denn schon in wenigen Tagen steht die Reise nach England bevor, die ebenfalls von großer Bedeutung für die Gestaltung der deutschen Gesamtverhältnisse sein kann. Im Hinblick auf diese Ausrede mit den führenden englischen Staatsmännern war es erwünscht und nötig, daß die Position des Reichsaussenministers gegenüber den Angriffen geklärt wurde, die aus verschiedenen Lagern erhoben worden sind und die sich in dem Vorwort begehen, daß in Genf nicht erreicht worden sei, was hätte erreicht werden können. In allen den großen Fragen, die in Genf zur Debatte standen, ist genau das erreicht worden, was nach Lage der Dinge für Deutschland zu erwarten war, freilich auch nicht mehr, und man muß sich auch darüber klar sein, daß die Genfer Tagungen keine Abschluß fanden, sondern einen Einschnitt in einer Entwicklung bezeugen, die teilweise im Herbst, teilweise im nächsten Frühjahr erst in ihre entscheidenden Stadien kommen wird. In der Frage der Zollunion galt es die im März eingemündene Stellung Deutschlands und Österreichs zu behaupten und diese zu gewinnen. In der Frage der Währungsreform ist klar, daß der deutsche Standpunkt gegenüber dem Konventionenentwurf der Vorbereitungskommission gültig bleibt, hinsichtlich der Generalakte ist die Gleichberechtigung des deutschen Gedankens nochmals betont und nicht bestritten worden, und in den Differenzen, den Angelegenheiten von Danzig, Memel und Oberschlesien hat die deutsche Delegation die Zustimmung der entscheidenden Mehrheit, namentlich waren politische Haltung in der obersten Frage angeht, zum Teil in sehr harten Auseinandersetzungen für sich zu gewinnen gewußt.

In den Beratungen des Europa-Komitees hat sich mehr und mehr gezeigt, wie das Verständnis zwischen den Teile wächst, daß um des praktischen Vorankommens willen der regionale Aufbau wirtschaftlicher Zusammenhänge nötig ist, während die großzügigen französischen Pläne, je mehr sie in ihren Einzelheiten bekannt wurden, um so mehr Kritik herausforderten und vorzusehen lassen, daß sie der praktischen Prüfung nicht standhalten. So wird auch auf dem Gebiete der europäischen Wirtschaftspolitik die Entwicklung des Sommers dahin laufen, daß bis zum Herbst das Verständnis und Anerkennung für den deutsch-österreichischen Plan sich entscheidend verfestigen kann. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen steht die Reise nach Chequers durchaus im Zeichen einer günstigen Konstellation. Man darf aber von vornherein nicht vergessen, daß sie, auf allen wichtigen Gebieten, lediglich einer allgemeinen orientierenden und vorbereitenden Ausrede dienen soll und keine Abmachungen bestimmter Art zum Ziel hat.

Was sich schon in Genf vermuten ließ, hat sich in der entscheidenden Sitzung des französischen Kabinetts erfüllt: Briand hat dem Drängen des Staatspräsidenten, des gesamten Kabinetts und seiner besten politischen Freunde nachgegeben und seine Demission zurückgezogen, mit dem mehr formalen Vorbehalt, daß er seine endgültige Entscheidung von der Haltung der Kammer abhängig machen wolle. Die dem Entschluß war eine ausdrückliche Billigung der Delegationsführung in Genf durch

den Wunsch zur Wiederaufnahme der Verhandlungen best, und von deutscher Seite stehen diesem Wunsch nach der lokalen Vereinigung des vor den beabsichtigten Zukünftiger Besprechungen eingetretenen Mißerfolges keine Schwierigkeiten im Weg. Die Verhandlungen dürften also in Berlin geführt werden, und man ist wohl in einer Reihe entscheidender Vorfälle bereits so weit zu einer grundsätzlichen Verständigung gekommen und durch die wirtschaftspolitischen Besprechungen weiteren Ausmaßes in den letzten Wochen in den praktischen Dingen so weit orientiert, daß besondere Schwierigkeiten für die Fertigstellung eines Handelsabkommens kaum bestehen dürften.

Nicht bis zum Sturm warten!

Was in Chequers besprochen werden soll. London, 29. Mai.

Nach englischen Blättern sollen gelegentlich des Auftritts der deutschen Minister in London u. a. die folgenden vier finanziellen Vorschläge unterbreitet werden:

1. Einstellung des Transfers für die Dauer von 2 bis 3 Jahren. Die entsprechenden Summen würden dann in deutschen Unternehmungen auf dem Wege über die BIZ wieder investiert werden.
2. Herabsetzung der deutschen Jahreszahlungen entsprechend der Kaufkraft des Goldes. Dies würde eine 20prozentige Herabsetzung der gesamten Young-Annullitäten bedeuten, wodurch die etwa von 2 Milliarden auf 1,6 Milliarden gebracht würden.
3. Falls notwendig, Einberufung einer Sonderkammer des beratenden Ausschusses der BIZ, um die beiden Vorschläge in eine praktische Form zu bringen.
4. Einberufung einer Finanzkonferenz der führenden Mächte, um die Möglichkeit eines zwei- bis dreijährigen Moratoriums für alle Kriegsschulden- und Reparationszahlungen zu erörtern. Es sei aber möglich, daß weder die deutsche noch die englische Regierung wegen der wenig günstigen Stimmung des offiziellen Amerika ernstlich die Einberufung einer Finanzkonferenz in Erwägung ziehen würden.

Nervosität in Paris.

In einem Leitartikel wendet sich der „Daily Herald“ gegen die neuerliche Nervosität der französischen Presse im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der deutschen Minister in London.

Briand und Curieux haben sich oft offenbart das Recht, die Frage zuerst mit dem Ziel zu erörtern. Alles, was sie zu sagen hätten, würde höflich angehört und ernstlich erwogen werden. Dennoch aber müßten dann alle Mächte an den Erörterungen teilnehmen, wenn, was ausbleibend der Fall sei, Deutschland seine Ziele weiterverfolgen wolle.

Eines sei aber sicher: es habe keinen Zweck, ärgerlich zu werden oder sich zu weigern, die Angelegenheit zu erörtern. Es sei eben eine Tatsache, daß Deutschland das Recht habe, den Transfer für einen gewissen Teil der Reparationen zu kündigen, falls es sich hierzu gezwungen sehen sollte.

Die Ausübung dieses Rechtes werde eine finanzielle Krise beschleunigen, die erste Folgen in Deutschland, in den Gläubigerländern und in der ganzen Welt haben würde. Es sei offenbar viel besser, die Tatsachen schon vorher ins Auge zu fassen, als zu warten, bis der gefährliche Sturm ganz plötzlich ausbräche.

Die neuen Novorderordnungen.

Um den Sanierungsplan der Reichsregierung Berlin, 29. Mai.

Die Chefbesprechungen über den neuen Sanierungsplan der Reichsregierung haben ihren Fortgang genommen. Ein greifbares Ergebnis ist bis jetzt noch nicht erzielt worden, so daß auch ein Termin für den Beginn der Kabinettsberatungen hierüber noch nicht festgelegt werden konnte.

Es ist deshalb zweifelhaft geworden, ob der Plan des Kabinetts, monats das Sanierungsprogramm auf jeden Fall vor seiner Abreise nach Chequers vom Reichskabinett verabschiedet werden soll, technisch innewegungen werden kann.

Die bisherigen Besprechungen zwischen dem Finanzminister und dem Arbeitsminister haben sich in den letzten Besprechungen in der Richtung einer sogenannten Beschäftigungssteuer verabschiedet, die als Zulage für Arbeitgeber oder Einkommensteuer von allen Angelegten und Beamten erhoben werden soll — nach einer anderen Version von allen, die heute noch über ein selbständiges Einkommen verfügen — um aus ihrem Aufkommen die Mehrkosten der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Erwerbslosenfürsorge zu decken. Beschlüsse sind aber auch hierüber nicht gefaßt worden, so daß also bisher weder der Besondere, der von der neuen Steuer erfaßt werden soll, noch die Prozenzlage feststehen. Andere Pläne laufen auf eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 vom Hundert hinaus, bei gleichzeitiger schärferer Ausschreibung der Saalungewerbe. Endlich sind weitere Schritte am Etat vorgezogen, deren Höhe jedoch hinter den ursprünglichen Plänen, die bis auf 300 bis 500 Millionen Mark gingen, zurückbleiben dürfte.

SPD. und Kanzler.

Die Besprechung in der Reichsfinanz.

Berlin, 28. Mai.
In der Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning und den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war nicht nur Gegenstand der Ausrede die Stellung der Reichsregierung zu den Brotpreisbeschränkungen, sondern vor allem auch der beabsichtigte Ersatz einer neuen Novorderordnung zur Sanierung der öffentlichen Finanzen. Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde darauf hingewiesen, daß das Frühjahr weder eine psychologische noch eine wirtschaftliche Entlastung gebracht habe. Die Arbeitslosigkeit sei nur unmerklich gesunken. Die Aussichten auf wirtschaftliche Belebung seien gering, so daß die lange Arbeitslosigkeit und der trübe Ausblick in die Zukunft schwer auf allen Schichten der Bevölkerung lasteten.

Dieser Zustand sei um so ernster zu nehmen, weil sich herausgestellt habe, daß die von der Reichsregierung im Dezemberprogramm in Aussicht gestellte Umverteilung der Wirtschaft durch Senkung der Produktionskosten gescheitert sei.

Die Löhne seien zwar ebenfalls gesunken, eine entsprechende Preisentlastung, eine reichsweite Bekämpfung der Kartelle und die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit aber seien ausgeblieben. Die nun durch die neue Novorderordnung drohenden Gefahren würden infolge dessen bei der Masse der Bevölkerung ungleich größeren Widerstand finden, als die Dezember-Novorderordnung, die zu einer Zeit erging, in der statt der jetzigen Enttäuschung Hoffnung auf Besserung bestanden habe.

Die Sozialdemokratie kenne den ersten Zustand der öffentlichen Finanzen. Sie halte auch nach wie vor ihre Sanierung für unbedingt erforderlich. Die Sanierung dürfe aber nicht erfolgen durch einen Abbau der sozialen Leistungen, deren Uman, und Höhe in Zeiten lang andauernder Krise des vermehrten Schutzes bedürfe.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning gab jedoch Aufschluß über die tatsächliche Finanzlage, deren Entwicklung unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise ungünstiger sei, als man im Januar hätte annehmen können. Die Reichsregierung strebe nach einer Lösung der Finanzschwierigkeiten, die verhindern, daß die Sozialleistungen wegen Mangel an Mitteln zusammenbrechen. Dieser liegen irrendem Beschlüsse des Reichskabinetts noch nicht gefaßt. Es hätten bisher nur Besprechungen in einem Ausschuss des Kabinetts stattgefunden, und diese Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen.

Die Einzelmaßnahmen müßten nach Meinung der Regierung so gestaltet werden, daß sie von den Massen des Volkes als richtig angesehen werden können. Was besonders die Brotpreise angeht, so halte die Reichsregierung ihre Senkung in kürzester Frist für unbedingt erforderlich. Würden die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, so müsse man zu einer Senkung der Zölle schreiten. Jedemfalls ist damit zu rechnen, daß die neue Novorderordnung noch vor der Abreise des Reichsfinanzministers nach Chequers fertiggestellt wird, daß aber ihr Erfolg erst nach der Rückkehr von Chequers erfolgt.

Das Haager Gutachten.

Berichterstattung schon im August.

Haag, 29. Mai.
Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag beabsichtigt sich bereits mit den deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen. Der Präsident der Court, Drost, hat mitgeteilt, daß er für das schriftliche Vorgehen einen Termin bis zum 1. Juli dieses Jahres festgelegt habe. In der ersten Hälfte des Monats Juli sollen dann auf Grund der schriftlichen Ausarbeitungen der Haager Gutachter die mündlichen Verhandlungen folgen, die öffentlich sein werden. An diesen Verhandlungen wird die öffentliche Meinung Europas und werden insbesondere die Regierungen der beteiligten und der interessierten Staaten lebhaften Anteil nehmen.

Die Ausrede der Haager Gutachter wird in alle Einzelheiten der Materie eindringen, und es ist deshalb für sie ein ziemlich weites Spielraum vorgezogen. Der Präsident des Internationalen Gerichtshofes glaubt anfangs zu können, daß man in der Lage sein werde, noch vor Ende August das Gutachten an den Völkerbundsrat zu erstatten. Da dieses Gutachten auf Grund der mündlichen Verhandlungen ausgearbeitet werden muß, wird man mit einem Abschluß der Haager Gutachter spätestens in der ersten Hälfte des August rechnen können.

Das Verlangen nach einer Sonderberatung des Völkerbundsrats wird unter solchen Voraussetzungen im Hinblick auf die normale Tagung im September überflüssig.

Sozialismus und nationale Verteidigung.

Entstehungen des Sozialistenkongresses.

Paris, 29. Mai.
Der französische Sozialistenkongress in Tours ist zum Abschluß gelangt. Vorher stimmte die Versammlung einer Entschließung Leon Blums einstimmig zu, in der u. a. folgende bemerkenswerte Grundzüge aufgestellt werden: Der Sozialismus solle die durch den Krieg bedrohte Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen sicherstellen.

